

# Die EKD informiert

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **NIKE-Bulletin**

Band (Jahr): **9 (1994)**

Heft 1: **Bulletin**

PDF erstellt am: **22.06.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

## DIE EKD INFORMIERT

### Der Europarat unterstützt das Baltikum

Workshop in Vilnius vom 12. – 14. Dezember 1993

**Der politische Wechsel von der kommunistischen zur demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur stellt die osteuropäischen Staaten auch auf dem Gebiet der Denkmalpflege vor neue Aufgaben und Probleme. Diese sind dort umso grösser, wo unter der kommunistischen Herrschaft kaum diesbezügliche Strukturen geschaffen worden sind. Dies trifft in besonderem Masse für die Baltischen Staaten zu.**

Die neu erlangte Unabhängigkeit, der Aufbau neuer politischer Strukturen, die grossen finanziellen Schwierigkeiten und die immer noch grosse wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland verschärfen die Probleme dieser Staaten auch auf dem Gebiet der Denkmalerhaltung. Das Fehlen geeigneter Fachkräfte, die nach wie vor unklaren politischen Strukturen, die mangelnde Gesetzgebung und vor allem auch die Unkenntnis im Umgang mit den demokratischen Spielregeln, mit den Zielsetzungen westlicher Bauerhaltung und Denkmalpflege und der denkmalpflegerischen Praxis, stellen die Behörden und verantwortlichen Instanzen vor fast unüberwindbare Schwierigkeiten. Um den Baltischen Staaten beim Aufbau einer Denkmalpflege nach westlichem Vorbild behilflich zu sein, hat der Europarat deshalb ein Unterstützungs- und Hilfsprogramm erarbeitet, das weniger auf finanzielle Unterstützung als auf eine technische und administrative Hilfestellung zielt.

Das Comité du Patrimoine Culturel (CPC) des Europarates und der für Hilfsprogramme zuständige Fachausschuss ('Groupe de Travail pour la Coopération et l'Assistance technique'), in dem die Schweiz mit dem Präsidenten der EKD das Präsidium führt, haben einen Aktionsplan ('Plan d'intervention pour la protection du patrimoine culturel en Europe centrale et orientale') ausgearbeitet, der ein gestuftes Vorgehen vorsieht: Am Anfang stehen interdisziplinäre Kolloquien (ateliers polyvalents), welche die Problemstellungen dieser Staaten erarbeiten und vor allem auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Finanzierung (structures administratives et mécanismes financiers) rasch behilflich sein können. Auf diesen ersten Gedankenaustausch folgt die Vermittlung von Spezialisten, welche an Ort und Stelle während einiger Zeit beim Aufbau der Denkmalpflege und der Lösung von Problemen behilflich sein werden. Schliesslich soll auch die Möglichkeit der Aus- und Weiterbildung in Form von Studienaustausch und Praktiken in Betracht gezogen werden.

Vom 12. – 14. Dezember 1993 hat dieses Hilfs- und Unterstützungsprogramm mit einem ersten Kolloquium (atelier polyvalent) in Vilnius, der Hauptstadt Litauens, begonnen. Ein weiteres Kolloquium ist im Frühsommer 1994 in Riga vorgesehen; es wird vor allem Fragen der Restaurierung (Praxis und Methodik) gewidmet sein.

Die Beiträge der sechs vom Europarat für das Kolloquium aufbotenen Fachleute (Chr. Dupavillon / F; John Bold und Michael Thomas / GB; André Meyer / CH; O. H. Johansson / S; Chr. Ost / B) befassten sich mit Fragen der Gesetzgebung der administrativen Strukturen, der Organisation von Denkmalpflegeämtern, der Geldmittelbeschaffung und der Finanzierung von Denkmalpflegemassnahmen. In einleitenden Referaten legten die Vertreter Estlands, Letlands und Litauens einen Bericht über die aktuelle Situation der Denkmalpflege in ihren Ländern vor und wiesen auf die zahlreichen offenen Fragen und hängigen Probleme hin. Auch wenn aufgrund der jeweiligen politischen und finanziellen Situation sich innerhalb der Baltischen Staaten gewisse Unterschiede abzeichnen und gewisse Fragestellungen nicht gleichermassen akzentuiert hervortraten, muss die Lage der Denkmalpflege in all diesen Ländern doch als in hohem Masse alarmierend bezeichnet werden. Dabei darf man die Denkmalpflege nicht losgelöst von den politischen und finanziellen Problemen dieser Staaten betrachten. Probleme, die aus den noch immer nicht geklärten politischen Strukturen, den grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und einer weitreichenden Willenslähmung in der Bevölkerung entstehen, und die vor dem Hintergrund einer wachsenden Kriminalität und Korruption zu sehen sind.

Das baukünstlerische und kulturelle Erbe, das in der Zeit der Befreiung und Unabhängigkeitserklärung in breiten Kreisen der Bevölkerung eine starke, emotional geprägte Rolle gespielt hat, tritt heute, was die Notwendigkeit zur Erhaltung und Instandstellung anbelangt, hinter die Alltagsprobleme zurück. Geldmittel sind deshalb für diesen Aufgabenbereich kaum zu beschaffen und die notwendigen Gesetzgebungen lassen auf sich warten. Erschwert wird die denkmalpflegerische Tätigkeit indessen auch durch die fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung und die noch immer nicht klaren politischen Strukturen. So besitzen beispielsweise in Litauen die Legislative (Parlament) wie auch die Exekutive (Regierung) Verwaltungs- und Exekutivfunktionen. Beide – Parlament und Regierung – verfügen über eine Verwaltung, die sich die Verwaltungsaufgaben und Kompetenzen gegenseitig streitig machen. Im denkmalpflegerischen Alltag heisst dies, dass die denkmalpflegerische Tätigkeit der Regierungsverwaltung, die Erteilung der Baubewilligung indessen dem Parlament obliegt. Dass unter solchen Umständen denkmalpflegerische Massnahmen kaum durchsetzbar sind und sich die denkmalpflegerische Tätigkeit auf blossen Kontrollen reduziert, liegt auf der Hand. Ein Denkmalschutzgesetz, das auch die eigentumsbeschränkenden Massnahmen umschreibt, existiert ebensowenig wie klare Verwaltungsstrukturen. Hinzu

kommt, dass sich praktisch sämtliche schutzwürdigen Bauten noch immer in öffentlichem Besitz befinden, der Unterhalt deshalb Aufgabe des Staates ist, dessen Prioritäten aber aus verständlichen Gründen nicht bei den denkmalpflegerischen Massnahmen liegen. Eine Reprivatisierung solcher Bauten scheitert am praktisch vollständigen Ausbleiben der Nachfrage, zumal Litauen durch den Abzug der kommunistischen Verwaltung und Besatzung derzeit über einen überdurchschnittlich hohen Leerwohnungsbestand verfügt.

Die rund siebzugjährige kommunistische Herrschaft hinterlässt in bezug auf die Denkmalerhaltung noch ein weiteres Defizit, jenes der Eigenverantwortung und der Sensibilisierung für die Belange von Denkmalpflege und Bau-erhaltung. Im Fehlen sämtlicher privater Heimatschutz- und Denkmalschutzorganisationen sowie historischer Vereinigungen und Gesellschaften besteht derzeit in der Bevölkerung kaum eine Sensibilisierung für die Probleme der Denkmalpflege, noch eine Einsicht in die Notwendigkeit der Denkmälererhaltung. Wo aber diese Einsicht fehlt, wird es schwer sein, denkmalpflegerische Massnahmen ohne einen grossen Kontrollapparat von Beamten durchzusetzen oder gar ein Parlament für entsprechende Gesetzgebungen zu motivieren.

In der Schweiz haben historische Vereinigungen eine lange Tradition und stehen denn auch am Anfang der Denkmalschutzbewegung. Zusammen mit den überaus aktiven und den Behörden bisweilen lästigen Schutzorganisationen bilden sie die tragfähige Basis aller denkmalpflegerischen Bemühungen. Denkmalpflege allein auf gesetzgeberischer Verwaltungsbasis begründet, hätte auch in der Schweiz kaum eine reelle Chance, von der Bevölkerung akzeptiert zu werden. Aus schweizerischer Sicht konnte deshalb die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Gründung und Bildung solcher historischer Vereinigungen für den Aufbau einer tragfähigen Denkmalpflege nicht genügend betont werden. Es empfiehlt sich für diese Staaten, auf das bereits vorhandene internationale Gefäss von ICOMOS zurückzugreifen und möglichst bald eine eigene Landesgruppe zu gründen.

Die Probleme, vor denen sich unsere Kollegen in den Baltischen Staaten gegenübersehen, sind zahlreich und letztlich doch sehr eng mit den allgemeinen politischen und ökonomischen Umständen verbunden. Und diese sind, wie das alltägliche Leben auch in Litauen zeigt, sehr gross. Hoffnungsschimmer sind zwar im Gespräch mit den Betroffenen immer wieder auszumachen, auch wenn die fatalistische Einschätzung eindeutig die Oberhand behält, dass alles was geschehen wird sozusagen unwillkürlich und nicht von Visionen oder einem neuen System geprägt geschieht. Es scheint, dass der russische Lyriker und Essayist Joseph Brodsky in seinem Rückblick zum postsowjetischen Russland auch für andere osteuropäische Staaten gesprochen hat, wenn er schreibt: «Die Menschen haben ganz einfach keine Kraft mehr. Keine Kraft – ausserdem auch keinerlei klar definierten Anreize». Alle Massnahmen, die dazu beitragen, diesen Ländern aus ihren isolationistischen Ten-

## DIE EKD INFORMIERT

denzen herauszuhelfen und sie zu einem Teil Europas werden zu lassen, sind derzeit gefragt. Unter diesem Gesichtspunkt ist die vom Europarat lancierte Initiative zur Unterstützung der Baltischen Staaten nicht nur ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, sondern auch ein gewichtiger Beitrag an die Erhaltung unseres gemeinsamen europäischen Patrimoniums.

André Meyer